

Senatsverwaltung für Finanzen, Klosterstraße 59, 10179 Berlin

Geschäftszeichen

IV B - 76/ 511

Bearbeiterin

Frau Beiersdorf / IV B 11



An die Senatsverwaltungen (einschließlich Senatskanzlei)
die Verwaltung des Abgeordnetenhauses
die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes
die Präsidentin des Rechnungshofes
den Berliner Beauftragten für Datenschutz und
Informationsfreiheit
die Bezirksämter
die Sonderbehörden
die nichtrechtsfähigen Anstalten
die Eigenbetriebe

Dienstgebäude

Klosterstraße 59, 10179 Berlin-Mitte

Zimmer 3067

Telefon (030) 9020 - 3054

Telefax (030) 902028 - 3054

E-Mail petra.beiersdorf@senfin.berlin.de

Internet www.berlin.de/sen/finanzen

Verkehrsverbindungen

U Klosterstraße

S+U Jannowitzbrücke

nachrichtlich

an die Eigengesellschaften
die gemischtwirtschaftlichen Unternehmen,
an denen Berlin überwiegend beteiligt ist
die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen
des öffentlichen Rechts
den Hauptpersonalrat

Datum 23. Januar 2014

Rundschreiben SenFin IV Nr. 04/2014

Beitragsbemessungsgrenzen und Beitragssätze in der Sozialversicherung; weitere sozialversicherungsrechtliche Größen bzw. Änderungen ab 1. Januar 2014; Ausblick

3 Anlagen

Inhalt:

Informationen bzw. Ausblick

für den Personalservice und die Beihilfe-Festsetzungsstellen:

- Beitragsbemessungs- und andere Entgeltgrenzen,
- Beitragssätze zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung,
- Beitragsberechnung in der Gleitzone,
- Zahlung von Rentenversicherungsbeiträgen für nicht erwerbsmäßig tätige Pflegepersonen durch die Beihilfe-Festsetzungsstellen,
- Bezugsgrößen und Dynamisierungsfaktoren für Nachversicherungen in der gesetzlichen Rentenversicherung im Jahr 2014,
- Steuerfreigrenze für die Umlage des Arbeitgebers zur VBL gemäß § 3 Nr. 56 Einkommensteuergesetz



Zertifikat seit 2011
audit berufundfamilie

Die Senatsverwaltung für Finanzen ist seit August
2011 als familienbewusste Arbeitgeberin zertifiziert

1. Beitragsbemessungsgrenzen und Jahresarbeitsentgeltgrenzen

Die vom 1. Januar 2014 an geltenden Beitragsbemessungsgrenzen und Jahresarbeitsentgeltgrenzen ergeben sich aus der **Anlage 1**. Auch im Jahre 2014 weicht die Höhe der Beitragsbemessungsgrenze in der **Krankenversicherung** von der **allgemeinen** Jahresarbeitsentgeltgrenze ab, stimmt wiederum aber mit der Höhe der **besonderen** Jahresarbeitsentgeltgrenze überein. Die Beitragsbemessungsgrenze für die soziale **Pflegeversicherung** entspricht der der Krankenversicherung.

2. Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung

Mit Inkrafttreten des *Gesetzes zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung* (GKV-Finanzierungsgesetz - GKV-FinG) wurde der **Arbeitgeberbeitrag** ab 01.01.2011 bei **7,3%** eingefroren. Die Beitragssätze sind derzeit wie folgt festgesetzt:

- **Allgemeiner Beitragssatz: 15,5 %**
(der paritätisch finanzierte Beitragssatz beträgt 14,6 %, weitere 0,9 Beitragssatzpunkte trägt der Arbeitnehmer **allein**),
- **Ermäßigter Beitragssatz: 14,9 %**
(der paritätisch finanzierte Beitragssatz beträgt 14,0 %, weitere 0,9 Beitragssatzpunkte trägt der Arbeitnehmer **allein**).

Ausblick:

Nach den Plänen des Koalitionsvertrages sollen die Krankenkassen **künftig** wieder **individuelle** Beitragssätze erheben dürfen. Der derzeitige **Einheitssatz** von 15,5 % soll aufgehoben und der **Arbeitgeberanteil** soll bei 7,3 % (wie bisher) **festgeschrieben** werden. Der paritätisch finanzierte Beitragssatz läge damit bei 14,6 % (wie bisher).

Die derzeitige Option für Krankenkassen, einen einkommens**unabhängigen Zusatzbeitrag** von den Versicherten zu erheben, wird **abgeschafft**. Künftig erhebt die Kasse einkommens**abhängige** Zuschläge von den Versicherten - je nach Finanzbedarf. Der Versicherte **allein** trägt diesen Prozentsatz von seinem Lohneinkommen **zusätzlich** zum bereits bestehenden, **alleinigen** Arbeitnehmeranteil von 0,9 %.

Der bislang noch nicht durchgeführte, steuerfinanzierte soziale Ausgleich (sog. „**Sozialausgleich**“), der wegen der einkommensunabhängigen Zusatzprämien künftig nötig geworden wäre, **entfällt**. Details für die Änderungen sind noch **offen**. Vermutlich sollen die Änderungen 2015 in Kraft treten.

3. Beitragssatz in der sozialen Pflegeversicherung

Mit Inkrafttreten des *Pflege-Neuausrichtungsgesetz* vom 23.10.2012 (BGBl. 2012 I S. 2246) erhöhte sich der Beitragssatz ab 01.01.2013 auf **2,05%**. Dieser gilt auch **2014 unvermindert weiter**. Der Beitragszuschlag für Kinderlose beträgt **unverän-**

dert 0,25%. Hinsichtlich der Erhebung des Zuschlages wird auf die Rundschreiben Inn ZS Nr. 70/2004, Inn ZS Nr. 80/2004 und InnSport ZS Nr. 31/2008 verwiesen.

Ausblick:

*Die im Koalitionsvertrag geplanten Leistungsverbesserungen in der Pflegeversicherung haben die Konsequenz, dass die zur Finanzierung erforderlichen Mittel aufgestockt werden müssen. In einem **ersten Schritt** soll der Beitragssatz zum 01.01.2015 um **0,3% erhöht** werden. Die Einnahmen davon werden partiell in einen Vorsorgefonds fließen, um die Alterung der Gesellschaft bei der Pflege künftig abzufedern. Der Rest soll für kurzfristige Leistungsverbesserungen für Pflegebedürftige genutzt werden.*

*In einem **zweiten Schritt** soll dann der Beitrag um weitere **0,2% angehoben** werden, um die Kosten eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs (insbesondere Demenzerkrankte sollen passgenauere Leistungen erhalten) zu finanzieren.*

4. Beitragssätze zur Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung

Der Beitragssatz zur gesetzlichen **Rentenversicherung** wurde mit Inkrafttreten des *Beitragssatzgesetzes 2013* vom 05.12.2012 (BGBl. 2012 I S. 2446) ab 01.01.2013 auf 18,9% abgesenkt.

Für das Jahr **2014** bleibt der Rentenbeitragssatz in Höhe von **18,9 %** durch Bekanntmachung im Bundesgesetzblatt weiter **bestehen** (§ 158 Abs. 4 SGB VI).

Ausblick:

*Die Regierungskoalition hat am 16.12.2013 einen Gesetzentwurf zur **Beibehaltung** des **bisherigen** Beitragssatzes auf den Weg gebracht. Das Gesetzgebungsverfahren zum „**Beitragssatzgesetz 2014**“ soll voraussichtlich bis Frühjahr 2014 abgeschlossen sein. Durch den Verzicht auf die gesetzlich gebotene Senkung des Rentenbeitragssatzes soll die Finanzierung der zahlreichen im Koalitionsvertrag vereinbarten Leistungsausweitungen erleichtert werden.*

In der **Arbeitslosenversicherung** bleibt der Beitragssatz mit **3,0%** unverändert.

5. Entgeltgrenze für die Versicherungsfreiheit geringfügig entlohnter Beschäftigten

Im Rahmen der *Minijob-Reform* wurde die Geringfügigkeitsgrenze ab 01.01.2013 von 400 EUR auf **450 EUR** angehoben (vgl. Rundschreiben SenFin II Nr. 27/2013).

Darüber hinaus wurde die Versicherungsfreiheit in der gesetzlichen Rentenversicherung mit der Möglichkeit der vollen Versicherungspflicht für geringfügig entlohnte Beschäftigte zum 01.01.2013 in eine **Rentenversicherungspflicht** mit Befreiungsmöglichkeit umgewandelt. Für Beschäftigungsverhältnisse, die bereits vor dem

01.01.2013 bestanden haben, wurden **Bestandsschutz- und Übergangsregelungen** geschaffen. Der vom **Arbeitnehmer** zu tragende Beitragsanteil beträgt in diesen Fällen **auch 2014** weiterhin **3,9%**; ergänzend zu dem **Arbeitgeber**-Pauschalbeitrag in Höhe von **15%**.

6. Sozialversicherungsrechtliche Behandlung von Beschäftigungsverhältnissen mit Arbeitsentgelt innerhalb der Gleitzone

Durch Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze auf 450 EUR gelten die Gleitzone Regelungen ab 01.01.2013 bis zu einem Entgelt von **850 EUR**. Darüber hinaus bringt die Reform der Minijobs **Übergangsregelungen** mit sich, die bis Ende 2014 gelten (vgl. Rundschreiben SenFin II Nr. 40/2013).

Bei Arbeitsentgelten, die innerhalb der Gleitzone zwischen 450,01 EUR und 850,00 EUR liegen, wird der Arbeitnehmerbeitragsanteil von einem fiktiven, geringeren Ausgangswert berechnet.

Das Gleitzoneentgelt wird nach folgender **neuen** Formel berechnet:

$$F \times 450 + ([850 / (850 - 450)] - [450 / (850 - 450)]) \times F \times (AE - 450)$$

F = variabler Faktor

AE = monatliches Arbeitsentgelt

Der Faktor F wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales festgelegt. Dieser liegt **2014** bei **0,7702**. Daraus ergibt sich die vereinfachte Gleitzoneformel:

$$1,258525 \times AE - 219,74625$$

Für **Übergangsfälle** mit einem regelmäßigen monatlichen Arbeitsentgelt oberhalb der alten Geringfügigkeitsgrenze bis zur neuen Geringfügigkeitsgrenze (400,01 EUR – 450,00 EUR) gilt nach wie vor die **alte** Gleitzoneformel:

$$F \times 400 + (2 - F) \times (AE - 400)$$

Mit dem neuen Faktor F lautet die vereinfachte Formel:

$$1,2298 \times AE - 183,84 \text{ EUR}$$

7. Zahlung von Rentenversicherungsbeiträgen für nicht erwerbsmäßig tätige Pflegepersonen

Das Bundesministerium des Innern (BMI) hat mit Rundschreiben vom 12.12.2013 die Übersicht über die ab **01.01.2014** geltenden monatlichen Beiträge zur Rentenversicherung für nicht erwerbsmäßig tätige Pflegepersonen für die Beihilfefestsetzungsstellen veröffentlicht (**vgl. Anlage 2**).

Darüber hinaus hat das BMI bekannt gegeben, dass nach Mitteilung des Verbandes der privaten Krankenversicherung e.V. die Beihilfestellen als anteilig Zahlungsver-

pflichtete nach § 170 Abs. 1 Nr. 6 Buchstabe c SGB VI die sich ergebenden Änderungen der abzuführenden Beiträge berücksichtigen können, ohne dass es einer neuen Bescheinigung der privaten Krankenversicherung über die Höhe der maßgeblichen beitragspflichtigen Einnahmen der Pflegeperson bedarf. Dazu müssen die aufgrund der bisherigen Werte von den Beihilfestellen ermittelten Zahlbeträge an die Rentenversicherungsträger bei Pfelegetätigkeit in den **alten** Ländern mit dem Faktor **1,025979461** und in den **neuen** Ländern mit dem Faktor **1,030759667** multipliziert werden. Diese Faktoren spiegeln etwaige Änderungen der Bezugsgrößen und des Rentenversicherungsbeitrages wider.

Die Deutsche Rentenversicherung Bund bittet die Verteilung der Beitragszahlungen für Pflegepersonen durch die Beihilfefestsetzungsstellen im Jahre 2014 wie folgt zu leisten (vgl. Anlage 2):

- **47,472%** an den für den Sitz der Festsetzungsstelle zuständigen Regionalträger und
- **52,528%** an die Deutsche Rentenversicherung Bund.

8. Bezugsgrößen und Dynamisierungsfaktoren für Nachversicherungen in der gesetzlichen Rentenversicherung im Jahr 2014

Für Zwecke der Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung teile ich mit, dass die Bezugsgröße im Sinne des § 18 SGB IV im Kalenderjahr 2014 im Sozialversicherungs-Rechtskreis **West** (einschl. ehemals West-Berlin) **33.180 EUR jährlich/ 2.765 EUR monatlich** beträgt; die Bezugsgröße für den Sozialversicherungs-Rechtskreis **Ost** (einschl. ehemals Ost-Berlin) beträgt **28.140 EUR jährlich/ 2.345 EUR monatlich** (vgl. § 2 Sozialversicherungs-Rechengrößenverordnung 2014 vom 02.12.2013 / BGBl. 2013 I S. 4038).

Als **Anlage 3** ist die Aufstellung der **Dynamisierungsfaktoren** nach § 181 Abs. 4 SGB VI für das Jahr 2014 beigefügt.

9. Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge

Für 2014 gelten nachstehende Termine für die Fälligkeit der Beiträge und für das Einreichen der Beitragsnachweise:

Beitragsmonat	Fälligkeit der Beiträge (drittletzter Bankarbeitstag)	spätester Zeitpunkt für das Einreichen der Beitragsnachweise (2 Arbeitstage vor Fälligkeit)
01/14	29.01.2014	27.01.2014
02/14	26.02.2014	24.02.2014
03/14	27.03.2014	25.03.2014
04/14	28.04.2014	24.04.2014
05/14	27.05.2014	23.05.2014

06/14	26.06.2014	24.06.2014
07/14	29.07.2014	25.07.2014
08/14	27.08.2014	26.08.2014
09/14	26.09.2014	24.09.2014
10/14	29.10.2014	27.10.2014
11/14	26.11.2014	24.11.2014
12/14	23.12.2014	19.12.2014

Die Sozialversicherungs**beiträge** sind spätestens am drittletzten Bankarbeitstag des laufenden Monats fällig. Hierbei ist zu beachten, dass der **24.** und der **31.** Dezember keine Bankarbeitstage sind. Die Spitzenorganisationen der Sozialversicherung haben in ihrer Besprechung über Fragen des gemeinsamen Beitragseinzugs am 7./8.5.2008 klargestellt, dass die Aussage, nach der der Beitragsnachweis spätestens zu Beginn des fünftletzten Bankarbeitstages des Monats vorliegen muss, so zu verstehen ist, dass der Beitragsnachweis der Einzugsstelle um 0.00 Uhr dieses Tages vorzuliegen hat. Der Beitragsnachweis ist also nur dann rechtzeitig eingereicht, wenn die Einzugsstelle am gesamten fünftletzten Bankarbeitstag des Monats über den Beitragsnachweis verfügen kann.

10. Steuerfreigrenze für die Umlage des Arbeitgebers zur VBL gemäß § 3 Nr. 56 Einkommensteuergesetz (EStG)

Gemäß § 3 Nr. 56 EStG werden die vom Arbeitgeber zu tragenden Umlagen zur VBL bis zu **2%** der Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung (West) steuerfrei gestellt (vgl. Rundschreiben InnSport ZS Nr. 13/2008 vom 18.02.2008). Infolge der Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung (West) im Jahr 2014 auf 71.400,00 € sind die vom Arbeitgeber zu tragenden Umlagen vom **01.01.2014** an bis zur Höhe von **1.428,00 €** jährlich **steuerfrei**.

Im Auftrag

Mayr